

Presseinformation

11. September 2020

Rückfragen bitte an: Tel. 07271 – 40 87 27, Jens-Björn Arndt

Corona-Schuljahr 2020/21 beginnt

Schuljahr 2020/2021: Von Regelbetrieb und Normalität weit entfernt

GEW: Nachtragshaushalt für gute Bildung in Coronazeiten

Die Bildungsgewerkschaft GEW erwartet, dass Grüne und CDU schnell einen Nachtragshaushalt zur personellen Unterstützung der Schulen beschließen und verbindliche Absprachen mit den Schulträgern zum Schutz von 1,4 Millionen Schüler*innen und 130.000 Lehrkräften in Baden-Württemberg treffen.

„Überall gibt es milliardenschwere Rettungspakete. An den Schulen fehlt offenbar schon das Geld, um tagsüber zusätzliche Reinigungskräfte zu engagieren. An vielen Schulen fehlen Lehrkräfte. Wo bleiben die Beschlüsse der Regierung Kretschmann, um schnell pädagogische Assistentinnen und Assistenten, Schulsozialarbeiterinnen und Schulpsychologen einzustellen und mit den arbeitslosen Gymnasiallehrkräften die Lehrerreserve zu erhöhen“, sagte Roland Jung, Kreisvorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) am Freitag (11.09.) in Karlsruhe.

Der Chef der größten bildungspolitischen Vertretung im Kreis dämpft die Erwartungen, dass im nächsten Schuljahr mit einem „Regelbetrieb“ an den 4.500 Schulen in Baden-Württemberg zu rechnen sei. „Alle wollen wieder in die Klassenzimmer zurück, Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte. Doch für den Unterricht unter Pandemiebedingungen brauchen wir mehr pädagogische Profis als vorher und gleichzeitig fehlen durch den Lehrermangel und die Corona-Risikogruppen so viel Lehrkräfte wie noch nie in den vergangenen Jahren in den Klassenzimmern“, sagte Jung. Zusätzlich zum Lehrermangel können wohl an den Schulen neun Prozent der Lehrkräfte nicht im Präsenzunterricht eingesetzt werden.

Zwei GEW-Umfragen zeigen, dass für die Verantwortlichen im Land und in den Kommunen noch viel zu tun ist. Eine Umfrage im Juli/August 2020 mit einer Beteiligung von gut 4.000 Lehrkräften zeigte unter anderem den hohen Nachholbedarf bei der Digitalisierung. Nur knapp ein Drittel der Befragten aus allen Schularten bezeichnet die Voraussetzungen als gut. 67 Prozent bezeichnen die technischen Voraussetzungen an den Schulen als mittelmäßig bis sehr schlecht.

Die GEW erwartet von der Landesregierung und mit Blick auf den Landtagswahlkampf von allen Parteien klare Konzepte wie der Lehrerberuf bis 2030 gesichert werden kann. „Es sind einige zusätzliche Studienplätze in der Lehrerbildung hinzugekommen. Diese werden aber nicht reichen. Sowohl mit Blick auf die weiter steigenden Geburtenzahlen als auch den zusätzlichen Bedarf für pädagogische Weiterentwicklungen wie den Ausbau der Ganztagschulen brauchen wir mehr Lehrerstellen und weitere zusätzliche Studienplätze. Eltern und Lehrkräfte erwarten, dass sich die Parteien vor der Landtagswahl im März 2021 festlegen, wie viele Studienplätze und wie viele zusätzliche Lehrerstellen sie bis 2026 schaffen werden“, sagte Jung.

Nach den Zahlen, die der GEW vorliegen, werden beim Schulstart wohl bis zu 1.000 Lehrerstellen ohne ausgebildete Lehrkräfte sein. Der Lehrermangel verschärft sich vor allem an den Grundschulen, während es an den Gymnasien weiterhin deutlich mehr Bewerber*innen als Stellen gibt.

„Es ist dramatisch, dass es an Grundschulen für fast 30 Prozent der Stellen nicht einmal eine Bewerberin gibt. Wo bleibt der Vorstoß der Kultusministerin für bessere Arbeitsbedingungen und bessere Bezahlung der Lehrkräfte für die Klassen 1 bis 4? Warum wird die ständige Vertretungsreserve an Gymnasien nicht schnell mit den dort vorhandenen Bewerberinnen und Bewerbern aufgestockt? Und wo wird das Geld eingesetzt, dass durch die nicht besetzten Lehrerstellen frei wird? Das sind sicher mehr als die 16,6 Millionen Euro, die jetzt für befristete Einstellungen zur Verfügung stehen. Wir erleben eine Kultusministerin, die mit mehr Fragen als Antworten ins neue Schuljahr startet. Das ist kein gutes Zeichen für die Bildungspolitik im bevorstehenden Schuljahr“, sagte Jung.

Bei einer Online-Umfrage der Bildungsgewerkschaft GEW unter Schulleitungen aller Schularten in Baden-Württemberg meldeten in der vergangenen Woche 80 Prozent der bisher befragten gut 250 Schulleiter*innen, dass die Schulträger kein zusätzliches Reinigungspersonal bereitgestellt haben, um die durch die Verordnungen der Landesregierung vorgeschriebenen täglichen Reinigungsarbeiten zu erledigen. An knapp 20 Prozent der befragten Schulen gibt es dafür zusätzliches Personal. An der aktuellen GEW-Online-Umfrage unter Schulleitungen aller Schularten in Baden-Württemberg haben sich seit Montag (31.08.) gut 250 Schulen beteiligt.

Die GEW-Landesvorsitzende Doro Moritz hatte sich bereits lange vor den Sommerferien für mehr Reinigungspersonal und verbindliche Absprachen des Kultusministeriums mit den Schulträgern eingesetzt. „Wir gehen leider davon aus, dass zum Schulstart in der nächsten Woche in den 4.500 Schulen im Land an vielen Stellen vorgeschriebene Hygienestandards nicht eingehalten werden können. Kultusministerin Susanne Eisenmann und die Schulträger haben offensichtlich ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Auch sichere FFP2-Masken für Risikogruppen unter den Lehrkräften waren in Aussicht gestellt. Das ist gestrichen. Die grün-schwarze Landesregierung wird ihrer Verantwortung als Arbeitgeber für 130.000 Lehrkräfte und für die über 1,4 Millionen Schülerinnen und Schüler nicht gerecht“, sagte Jung.

In der Umfrage unter Schulleitungen sagen 60 Prozent, dass sie bisher keine Leihgeräte (Notebooks, Tablets) haben, die sie zum Beginn des neuen Schuljahrs an Schüler*innen ausgeben können. Nur zehn Prozent sagen, dass sie 50 oder mehr Leihgeräte haben. An den meisten Schulen gibt es keine Personen bzw. Firmen für den technischen Support. An zwei Drittel der Schulen, die an der Umfrage teilnahmen, konnten alle freien Stellen besetzt werden. An einem Drittel der Schulen sind beim Start ins neue Schuljahr Stellen unbesetzt. Das betrifft laut der Umfrage vor allem Grundschulen und Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren und damit auch massiv die inklusiven Bildungsangebote. Etwa die Hälfte der Schulen gibt an, dass unter anderem wegen Corona Lehrkräfte im Präsenzunterricht fehlen.

Die GEW berichtet von zahlreichen Schulleitungen, die den angekündigten Regelbetrieb in Frage stellen. Dazu wird bemängelt, dass „ein Plan B“ fehle, wenn zum Beispiel einzelne Schulen geschlossen werden müssen. „Welche Strategie gibt es dann zum Beispiel für die neuen Erstklässler, wenn eine Grundschule geschlossen wird? Es entsteht der Eindruck, dass die Schulen mit solchen Fragen allein gelassen werden“, sagte Jung.

Weitere Informationen: www.gew-bw.de

Fragen GEW-Online-Umfrage Schulleitungen: <https://www.gew-bw.de/schulleitungen-umfrage-corona/>